

5. Errichtung eines «Zürich International Commercial Court» am Handelsgericht des Kantons Zürich

KJS Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 24. März 2022

Vorlage 5666b

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Die KJS beantragt Ihnen einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Mit seinem ursprünglich als Motion eingereichten Postulat hat Beat Habegger vom Regierungsrat verlangt, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um eine zusätzliche Kammer am Handelsgericht des Kantons Zürich einzusetzen, die auf Englisch tagt. Das solle ermöglichen, dass grenzüberschreitende kommerzielle Streitigkeiten statt von Schiedsgerichten am Standort Zürich von einem staatlichen Gericht entschieden werden, was die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich erhöhen werde.

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht dargelegt, dass das Anliegen, Englisch als Verfahrenssprache zuzulassen, gemäss dem geltenden Bundesrecht nicht umsetzbar ist. So gibt die ZPO (*Schweizerische Zivilprozessordnung*) vor, dass die Verfahrenssprache in Zivilverfahren die Amtssprachen des zuständigen Kantons ist, und in Zürich ist die Amtssprache Deutsch. Die Einrichtung eines «Zürich International Commercial Court» würde somit gemäss der geltenden ZPO nicht gehen. Der Kanton Zürich müsste Englisch als Amtssprache einführen, was dann doch ein bisschen zu weit geht. Eine entsprechende Änderung der ZPO wird in Bundesbern diskutiert. Der Ständerat hat diese allerdings ablehnt – so der Stand in Bern. Die KJS würde mehrheitlich einen Entwurf einer Vorlage seitens des Obergerichts begrüßen, sobald das Bundesrecht doch noch eine englischsprachige Kammer zulassen würde.

Ich gebe Ihnen gleich noch die Meinung der AL-, Mitte-, SP-, Grünen-, GLP- und EVP-Fraktion bekannt: Wir unterstützen den Antrag auf Abschreibung des Postulats. Solange die Voraussetzungen in Bundesbern nicht geschaffen sind, erübrigt sich eine vertiefte Auseinandersetzung, und wir möchten dieser nicht vorgreifen. Persönlich finde ich die Idee absolut prüfenswert und spannend. Interessant, dass die FDP diese vorbringt, die sich in der Regel für weniger und nicht für mehr Staat ausspricht. Denn ein neues Angebot würde wohl auch einen Stellenausbau bedingen; diese Rechnung müsste dann noch genau gemacht werden. Vielen Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Vielen Dank dem Kommissionspräsidenten für die Darstellung der Ausgangslage. Ich kann ihn beruhigen, es geht hier überhaupt nicht darum, mehr Staat zu schaffen. Es geht darum, den Unternehmensstandort Zürich zu stärken. Ich glaube, ein solches internationales Handelsgericht wäre eine herausragende Sache für die Standortattraktivität von Zürich; es wäre auch sehr gut für die Reputation unseres Standorts, für den Finanzplatz und übrigen

auch für die Gerichte, die den Mitarbeitenden eine interessante Zukunftsperspektive bezüglich Mitarbeiterentwicklung bieten könnten.

Nun hat leider der Ständerat letzten Sommer einen Fehlentscheid gefällt – wir haben es gehört. Der Ständerat hat entschieden, dass die Kantone – selbst dann, wenn ein Kanton will, natürlich nicht obligatorisch – Englisch nicht als Amtssprache zulassen dürfen. Ich denke, es ist wirklich ein unverständlicher Entscheid; es ist eigentlich ein kurzsichtiger Entscheid; es ist ein wirtschaftsfeindlicher Entscheid. Wir haben noch Hoffnung, dass im Nationalrat die Sache dann anders ausschaut. Wenn es die ZPO tatsächlich in Zukunft zulassen wird, werden wir den Vorstoss nochmals bringen. Ich bin überzeugt, ein solches Handelsgericht am Obergericht des Kantons Zürich wäre eine Chance für Zürich, eine Chance für unseren Standort, eine Chance auch für unsere Gerichte. Wir hoffen, wenn es dann soweit ist, auf breite Unterstützung im Kantonsrat. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Lieber Beat Habegger, der Ständerat hat leider einen Fehlentscheid gefällt. Wie viele Fehlentscheide haben wir hier drin schon gefällt? Aber die Mehrheit hat ihn gefällt. Deshalb ist er zu akzeptieren. Deshalb ist es kein Fehlentscheid, sondern es ist ein Entscheid der Mehrheit. Danke für die Kenntnisnahme.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Ich gebe Ihnen die Haltung der SVP dazu bekannt: Vorneweg, wir stimmen der Abschreibung zu. Das Postulat hat doch einige Punkte aufgezeigt: Einerseits die Chance für den Kanton Zürich, die wir in der Fraktion diskutiert haben, andererseits ist hier ein Wachstum feststellbar. Aber wir haben jetzt die Chance, das zurückzustellen, abzuschreiben, und allenfalls kann eine Neuauflage aufgesetzt werden, die wir dann frisch beurteilen können. Vielen Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Hans-Peter Amrein, ich gebe noch ein bisschen staatspolitische Nachhilfe heute Nachmittag. In Bern haben wir eben ein Zweikammerparlament. Das Schöne daran ist, wenn die eine Kammer einmal einen Fehlentscheid fällt, kann man ihn in der zweiten Kammer korrigieren. Das können wir hier nicht. Darum fällen wir hier noch häufiger Fehlentscheide. Aber ich bin überzeugt, dass wir in Bern dann auch am Schluss zum gewünschten Ergebnis kommen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulats vor. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Das Postulat ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.